

Grundrecht auf Ausbildung sichern! Linke Perspektiven für eine Reform der beruflichen Bildung

Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft. Gerade deshalb ist es alarmierend, dass sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren in der Bundesrepublik insgesamt weiter verschärft: Rund 150.000 Jugendliche konnten ihren Wunsch nach einer betrieblichen Berufsausbildungsstelle 2006 nicht realisieren. Zehntausende wurden in Warteschleifen gesteckt, schlecht oder gar nicht bezahlt und konnten dabei oftmals kaum etwas lernen. Viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Angebote.

Diese Situation ist das Ergebnis einer verfehlten Ausbildungspolitik der Bundesregierung: Anstatt die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, beschränkt sie sich im Rahmen des Ausbildungspaktes auf freiwillige Selbstverpflichtungen und Appelle an die Unternehmen. Der Ausbildungspakt bleibt damit eine Mogelpackung. Er führt dazu, dass insbesondere viele große Unternehmen weiter unter ihren Möglichkeiten bleiben oder gar nicht ausbilden und Ausbildungsplätze abbauen. Mit statistischen Trickereien wird die Misere verschleiert. Reale Probleme in der allgemeinen Schulbildung werden auch dazu genutzt, mangelnde Ausbildungsbereitschaft mancher Unternehmen zu kaschieren. Dabei übersehen wir nicht die Initiativen und das Engagement besonders kleiner und mittlerer Betriebe und des Handwerks für die berufliche Bildung.

Unsere Fachtagung 2007 soll die Situation analysieren und über linke Konzepte und Wege aus der Ausbildungsmisere beraten. Unser Ziel ist es, das Grundrecht auf Ausbildung zu gewährleisten und uns der gesellschaftspolitischen Herausforderung nach gut ausgebildeten Fachkräften zu stellen. Wir wollen uns dabei von folgenden Forderungen leiten lassen:

Gesetzliche Ausbildungsumlage einführen

Wir wollen den Rückzug von Unternehmen aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen stoppen. Deshalb fordern wir die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage. Mit der Umlage darf den Unternehmen kein Weg eröffnet werden, sich von dem Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze freizukaufen. Allerdings sollen die Mittel der Umlage auch für außerbetriebliche und vollzeitschulische Ausbildungsangebote verwendet werden können. Unser Modell der Umlage sieht vor, dass die Ausgestaltung auf Branchenebene zwischen den Tarifparteien ausgehandelt wird. Einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes hat die Linksfraktion im Deutschen Bundestag in die parlamentarische Beratung eingebracht.

Akzeptanz vielfältiger Ausbildungsformen

Neben der klassischen dualen Ausbildung haben sich Ausbildungskooperationen, Ausbildungsprogramme im Verbund, vollzeitschulische Angebote und weitere Formen etabliert. Wir halten diese ebenso wie die Angebote außerbetrieblicher Einrichtungen in der gegenwärtigen Situation für unverzichtbar, um ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicher zu stellen. Als Ersatz für duale Ausbildungen sollen sie nur solange vorgehalten werden, wie ein entsprechender Bedarf besteht. Darüber hinaus haben solche Formen für uns auch einen eigenen Wert. In manchen Ausbildungsrichtungen stoßen klassische Formen an ihre Grenzen. Zum Beispiel können Ausbildungen im Verbund oder in Kooperationen mehrerer Betriebe der wachsenden Komplexität von Berufen besser entsprechen als ein dualer Ausbildungsplatz in einem Klein-Unternehmen. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge gepaart mit anspruchsvollen Praktika genügen oft hohen Ansprüchen besser als die Teilzeitberufsschule.

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Auszubildenden auch in Ausbildungsgängen, die die dualen Angebote ergänzen, durch die Sicherung ausreichender Qualität dieser Ausbildungen der Zugang zur Kammerprüfung gewährleistet wird. In vollzeitschulischen oder außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten muss ihnen eine angemessene Ausbildungsförderung zur Verfügung stehen, die sie gegenüber Auszubildenden in der dualen Ausbildung nicht benachteiligt. Die Finanzierung dieser Ausbildungsangebote soll verlässlich gesichert werden.

Qualitätsentwicklung ausbauen

Wir treten für ein wirksames Qualitätsmanagement und für nachhaltige Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Ausbildung ein. Sie muss sich auch inhaltlich und strukturell weiterentwickeln. Dazu müssen die berufsbildenden Schulen weiterentwickelt und gestärkt werden. Gleichmaßen ist die Qualität der Ausbildung in den Ausbildungsbetrieben und weiteren praxisbezogenen Lernorten zu erhöhen und durch verbindliche Standards zu sichern. Schmalspurausbildungen bieten Jugendlichen keine nachhaltige Berufsperspektive und haben in unseren Konzepten daher keinen Platz.

Um eine stärkere Verbindung zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschule zu erreichen, sollten mehr geeignete berufliche Ausbildungen ganz oder teilweise auf entsprechende Hochschulbildungsgänge angerechnet werden können. Ausgebaut werden sollen die Möglichkeiten, mit dem Berufsabschluss die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Viele Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, im Hochtechnologie-, Dienstleistungs- und Servicebereich erfordern eigentlich schon heute Ausbildungen auf Hochschulniveau. Erzieherinnen und Erzieher für den Kindertagesstättenbereich müssen - wie in anderen europäischen Ländern schon lange - an Hochschulen ausgebildet werden.

Europäisierung der Berufsbildungspolitik

Die Europäisierung der Berufsausbildung darf nicht zu einer Umgestaltung in Richtung unverknüpfter Einzelmodule und einer eindimensionalen Ausrichtung von Bildungsinhalten auf ihre kurzfristige Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt instrumentalisiert werden. Bei der Ausgestaltung eines Europäischen Berufsbildungsraumes müssen stattdessen neben vergleichbaren Qualitätsstandards soziale Anforderungen im Vordergrund der Diskussion

stehen. Die Beteiligung von Auszubildenden und Gewerkschaften ist sicherzustellen. In Deutschland sollte die Ausarbeitung eines Nationalen Qualifikationsrahmens vor dem Hintergrund des verabschiedeten Europäischen Qualifikationsrahmens dazu genutzt werden, um Vergleichbarkeit zwischen beruflichen Qualifikationen zu sichern, soziale Ungleichheit abzubauen und eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen. Dazu ist es unerlässlich, dass die bisher meist isoliert stattfindenden Diskussionen von VertreterInnen der beruflichen Bildung einerseits und VertreterInnen der Hochschulen andererseits zusammen geführt werden.

Polytechnische Bildung in allen Schulen entwickeln und ausbauen

DIE LINKE. misst einer hohen Bildungsqualität in der allgemein bildenden Schule auch im Kontext beruflicher Qualifizierung große Bedeutung zu. Bisher werden die Schulen dieser Aufgabe nicht ausreichend gerecht. Das hat vielfältige inhaltliche und strukturelle Ursachen. In den Ländern haben die LINKEN Konzepte zur Entwicklung der allgemein bildenden Schule zu einer Schule für alle Kinder vorgelegt, um auch diese Defizite zu überwinden.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, in allen Schulformen polytechnische Bildungsangebote einzuführen. Sie sollen dazu beitragen, durch hohe Praxisrelevanz auf unterschiedlichen Niveauebenen Lernzielen Konturen zu geben, Lernmotivation zu fördern, Lernerfolge zu festigen und komplexe Zusammenhänge verstehen zu lernen. Sie sind darüber hinaus darauf gerichtet, Technikverständnis auszuprägen, Technik als wesentliche Komponente modernen Kulturfortschritts zu begreifen und technischen Fortschritt verantwortungsbewusst mitzugestalten.

Wir treten ferner dafür ein, dass Berufsorientierung, Berufsberatung und Berufsvorbereitung deutlich verbessert und aufgewertet werden. Die Angebote von Schule, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung müssen wirkungsvoller verbunden und abgestimmt werden. Die vielfältigen sich entwickelnden Kooperationsbeziehungen von Schulen und Wirtschaft sollen hier eingebunden, gefördert und ausgebaut werden.

Herausforderung Ostdeutschland

DIE LINKE. sieht die berufliche Ausbildung und Qualifizierung im Osten vor besondere Herausforderungen gestellt. Beispielsweise in Sachsen-Anhalt, wo jetzt die letzten zahlenmäßig starken Jahrgänge die allgemeinbildenden Schulen verlassen, werden sich gemessen an diesem Niveau bereits nach 2010 die Zahlen der AbsolventInnen halbieren. Gleichzeitig treten zwischen 2010 und 2020 zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand oder die Rente ein. Schon jetzt lässt sich ein erheblicher Fachkräftemangel vor allem in hochqualifizierten Berufen absehen. Schule und Berufsbildung sind auch deshalb gefordert, durch hohe Bildungsqualität und wirksame Förderung aller Schülerinnen und Schüler und aller Auszubildenden niemanden mehr zurückzulassen oder gar aufzugeben. Die hohe Zahl von Schul- und AusbildungsabbrecherInnen und von AbsolventInnen, die lediglich den Hauptschulabschluss erreichen, dürfen wir uns nicht mehr leisten.

Zugleich sind neue Überlegungen erforderlich, damit die erheblichen Investitionen in berufliche Ausbildungsstätten auch künftig bei sinkenden SchülerInnenzahlen für Bildung und Innovation zum Tragen kommen. Die Entwicklung von polytechnischen Zentren, von Kompetenzzentren für die regionale Wirtschaft und von Weiterbildungsangeboten an berufsbildenden Schulen

schlagen wir als zukunftsfähige Lösungen vor. Über kurz oder lang werden solche Prozesse auch für die übrigen Bundesländer von Bedeutung sein.

Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im gesamten Bildungssystem vielfach benachteiligt. Sie finden sich in weit überdurchschnittlichem Maße unter den Haupt- und SonderschülerInnen, unter den Jugendlichen ohne Schulabschluss sowie unter den AusbildungsabbrecherInnen. Für sie müssen spezifische Förderangebote bereitgestellt werden. Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsintegration junger MigrantInnen bedarf es eines qualifizierten Netzes von Beratungsstellen für ausländische Nachwuchskräfte, von Jugendmigrationsdiensten und von Programmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenhass.

Umfassende Teilhabe lässt sich nur durch eine rechtliche Gleichstellung in allen Bereichen erreichen. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Durch faktische Arbeitsverbote und das Vorrangprinzip wird Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Zugang zu betrieblichen Ausbildungen versperrt. Sie werden so in schulische Ausbildungsmaßnahmen und die Arbeitslosigkeit gedrängt.

Geschlechtsspezifische Ungleichheit abbauen

Nach wie vor sind die Berufsausbildungsgänge nicht paritätisch von Männern und Frauen besetzt. Viele junge Mädchen entscheiden sich für „klassische Frauenberufe“, die schlechter bezahlt werden als "klassische Männerberufe", oder werden in solche Berufe gedrängt. Im Ergebnis haben es Frauen beim beruflichen Aufstieg schwerer.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, Frauen und Mädchen sowie Jungen und Männern die ganze Palette beruflicher Entwicklung zu eröffnen, Diskriminierungen und Vorurteile abzubauen, untaugliche Traditionen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund müssen gesellschaftlich wichtige Berufe, etwa im Pflegebereich, endlich die notwendige Anerkennung erfahren. Vor allem aber müssen das Lohndumping beendet, die rechtlichen Grundlagen für eine reale Gleichstellung beider Geschlechter ausgebaut und geschlechtssensible Bildungs- und Beratungsangebote weiterentwickelt werden.

Verbesserte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen

Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Zunehmend sind Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mehr behinderte Bürgerinnen und Bürger alle Angebote beruflicher Bildung und Qualifizierung nutzen können und dass weitreichende Integration gelingen kann. Darüber hinaus ist derzeit ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken und Werkstätten für behinderte Menschen unerlässlich. Auch in diesen Formen müssen hochwertige und angemessene Qualifikationsangebote vorgehalten werden, um soziale Integration zu unterstützen und den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit dem Ausbau integrativer Angebote soll die Zahl der Plätze in Einrichtungen ausschließlich für Menschen mit Behinderungen abgebaut werden.

Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben. Um diese zu erfüllen, dürfen die Förderprogramme (speziell der Bundesagentur für Arbeit) nicht zurückgefahren, sondern sollen als Pflichtaufgabe auf eine verlässliche gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die zahlreichen guten Erfahrungen und Praxisbeispiele des Programms „Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF) müssen flächendeckend umgesetzt und ausbildungsbegleitende Hilfen bedarfsgerecht vorgehalten werden.